SPRACHWISSENSCHAFT

Von Gandhi und al-Qaida bis Schröder und Merkel

Politolinguistische Analysen, Expertisen und Kritik

Josef Klein

Frank & Timme

Verlag für wissenschaftliche Literatur

Josef Klein

Von Gandhi und al-Qaida bis Schröder und Merkel

Sprachwissenschaft, Band 28

Josef Klein

Von Gandhi und al-Qaida bis Schröder und Merkel

Politolinguistische Analysen, Expertisen und Kritik

Frank & Timme
Verlag für wissenschaftliche Literatur

ISBN 978-3-7329-0123-4
ISSN 1862-6149

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur
Berlin 2016. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.
Printed in Germany.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

www.frank-timme.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Überblick 9

INSTRUMENTARIUM

Rhetorisch-stilistische Eigenschaften der Sprache der Politik 19

Kann man „Begriffe besetzen“? 47

Politische Argumentation – die topische Basisstruktur 77

MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Texte, die Vertrauen schaffen 103

Repräsentative Demokratie: Demobilisierung oder Revitalisierung? 127

IN DER HERZKAMMER DER DEMOKRATIE

Fraktionsdebatte und Plenardebatte: die unbekannte und die verkannte Ausprägung parlamentarischer Debatte 139

Parlamentarischer Diskurs als Schnittstelle zwischen politischer Allgemeinsprache und Rechtssprache 157

Bewertendes Reden über Migranten im Deutschen Bundestag 183

Bundeskanzler Schröder verkündet die *Agenda 2010*. Rede und Diskursrahmen 211

Sachlich ist die beste Verteidigung 255

Aus der Welt der Politik- und Medienberatung

Bewertungen des Diskussionsverhaltens von Spitzenpolitikern in Fernseh-Streitgesprächen durch Jung- und Erstwähler 261

Angela Merkel erklärt ihre Politik in der Euro-Krise (nicht?) 275

Diskurse und Kontroversen

Zur Semantik der Nachrüstungsdebatte 289

Universität als Unternehmen 305

Sprachliche Herabwürdigung

Benachteiligung der Frau im generischen Maskulinum – eine feministische Schimäre oder psycholinguistische Realität? 315

Sprachliche Mechanismen bei der Bildung nationaler Vorurteile 331

Hartz-Sprache 351

Globale Perspektiven

Reden für den Frieden. Die Singularität der Reden des UNO-Generalsekretärs 367

Texte mit globaler Resonanz. Auch ein Beitrag zu diskursivem ‚Kampf der Kulturen‘ 383

„Change“ durch Obama. Politischer oder kommunikativer Umbruch in den USA? 403

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Kleine Skizzen zu großen Reden

Ich selbst bin ein Anarchist, aber von einer anderen Art. **Mahatma Gandhis Fanal des gewaltlosen Widerstands gegen die Kolonialherrschaft** **417**

Blood, toils, tears and sweat. **Churchill bietet Nazi-Deutschland die Stirn** **421**

Freiheit, die er meinte. Kennedys Berliner Reden 1963 ..... **425**

Vorwort und Überblick

Sprache ist das Basis-Medium, das Politik nicht nur vermittelt, sondern in dem sich Politik konstituiert. Sie durchsichtig zu machen, ihre strukturellen und funktionalen Charakteristika unter Einbeziehung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse zu erforschen und zu vermitteln, ist Aufgabe der Politolinguistik.

Während der 2014 erschienene Band „Grundlagen der Politolinguistik" in Inhalt und Aufbau den theoriegeleiteten Prinzipien sprach- und politikwissenschaftlicher Systematik folgt, soll dieser Band mit Beiträgen aus beinahe drei Jahrzehnten Einblicke in die Vielfalt politolinguistischen Arbeitens vermitteln. Die bezieht sich thematisch auf sämtliche politisch relevanten Sprachebenen von der Wortprägung über Begriffsnetze, markante Sätze, bedeutende Reden und Debatten bis zu Kampagnen und Diskursen. Die im Titel genannten Akteure stehen daher exemplarisch nicht nur für einzelne Reden, sondern für die unterschiedlichsten von Sprache geprägten politischen Zusammenhänge und Strukturen, in denen sie und andere agieren. In wissenschaftstheoretischer Hinsicht reicht das Spektrum von der Theorie über die Methodik bis zur Empirie. Auch die Arbeitszusammenhänge, aus denen die Beiträge stammen, sind unterschiedlich: Zwar enthält der Band überwiegend Aufsätze aus theoretischer und empirischer Forschung, darüber hinaus aber auch Expertisen aus der Politik- und Medienberatung sowie Artikel aus Tageszeitungen. Insofern steht der Band in gewisser Weise exemplarisch für Reichweite und Entwicklung der Politolinguistik von den 1980er Jahren bis zur Gegenwart.

Was hält angesichts dieser Vielfalt die Beiträge des Bandes zusammen? Es sind – über die von Fall zu Fall wechselnde Verwendung verschiedenster linguistischer und rhetorischer Analysewerkzeuge hinaus – drei kategoriale Zugriffe auf Wörter, Reden, Texte, Debatten, Diskurse, Kampagnen und allgemeine Sprachgebräuche, die den Band prägen:

- die Rekonstruktion der semantischen und pragmatischen Elemente und ihres Wirkungspotentials in Begriffen und Begriffsnetzen,
- die Betonung des topischen Charakters politischer Argumentation, wobei sich die Zeiten und Kulturen übergreifende Dominanz eines komplexen topischen Musters – samt einer vornehmlich religiös motivierten Variante – zeigt; es strukturiert Begriffsnetze ebenso wie

Texte und Reden, Diskurse ebenso wie Kampagnen. (Da dieses politiktypische Argumentationsmuster prägend, aber wenig bekannt ist, werden die Konstituenten des Musters in vielen Beiträgen drucktechnisch hervorgehoben.)

- die Verdeutlichung der strategischen, auf Überzeugen und Sich-Durchsetzen zielenden Ausrichtung politischer Sprachpraxis und ihres nicht selten spannungsreichen, gegebenenfalls kritikwürdigen Verhältnisses zu kommunikationsethischen Prinzipien.

Diesem Buch liegt ein breiter Politikbegriff zugrunde. Er beinhaltet Politik in ihren Ausprägungen als Handlungs- und Interaktionsprozess (politics), als Themenfeld (policy) und als institutioneller Rahmen (polity) und umfasst darüber hinaus Politisches in der Allgemeinsprache.

Der Band enthält acht Kapitel. Im Eingangskapitels werden die INSTRUMENTARIEN vorgestellt, mit denen in Analyse und Kritik gearbeitet wird: Im Beitrag *Rhetorisch-stilistische Eigenschaften der Sprache der Politik* geschieht das skizzenartig als Überblick, der neben semantischen und pragmatischen Analysekategorien kommunikationsethische und kommunikationsstrategische Prinzipien und deren prekäres politiktypisches Verhältnis zueinander thematisiert. Vertieft und theoretisch fundiert werden die wichtigsten Analysekategorien in den beiden folgenden Aufsätzen. In *Kann man Begriffe besetzen? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher* werden die wichtigsten Verfahren politischer Begriffsbildung – heute auch als „Framing" bezeichnet – sowie des Wettbewerbs zwischen politischen Schlag- und Schlüsselwörtern erläutert. Bei dem Aufsatz *Politische Argumentation – die topische Basisstruktur* handelt es sich um den vielleicht wichtigsten Beitrag des Bandes. Er enthält die Entdeckung und theoretische Verortung des oben erwähnten komplexen topischen Musters, einer festen Konstellation von Topoi, die politisches Argumentieren auf allen sprachlichen Ebenen strukturiert.

Die Beiträge des zweiten Kapitels (MEHR DEMOKRATIE WAGEN) verbinden Analyse, Kritik und Änderungsvorschläge. In *Texte, die Vertrauen schaffen* werden – ausgehend von der Argumentationstopik der bei Schweizerischen Referenden obligatorischen Textsorte ‚Abstimmungserläuterungen' – Mängel im bundesrepublikanischen Parteien-Bürger-Dialog verdeutlicht und werden Vorschläge zu partizipatorischen Kommunikationsformen unter den Bedingungen repräsentativer Demokratie formuliert. Der Beitrag *Repräsentative Demokratie: Demobilisierung oder Revitalisierung?* beschäftigt sich, ausgehend

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

von der Sprache von CDU/CSU und SPD im Bundestagswahlkampf 2009, kritisch mit der Strategie ‚asymmetrischer Demobilisierung' und mit Defiziten der Internetkommunikation der großen Parteien mit den Bürgern/Bürgerinnen in Deutschland. Dem werden – ausgehend von etlichen Innovationen in Obamas ‚Graswurzel-Wahlkampf' per Internet – Möglichkeiten der Implementierung partizipatorischer Elemente in der Parteien-Bürger(innen)-Kommunikation gegenübergestellt.

Das Kapitel In der Herzkammer der Demokratie enthält Beiträge zur Sprachpraxis im Parlament. Zunächst werden zwei exklusive Merkmale parlamentarischer Sprachverwendung behandelt: Das sind zum einen die Unterschiede zwischen den beiden dominanten Debattenformaten (*Fraktionsdebatte und Plenardebatte: die unbekannte und die verkannte Ausprägung parlamentarischer Debatte*), zum anderen die spezifische Verbindung von politischer Allgemeinsprache und Rechtssprache (*Parlamentarischer Diskurs als Schnittstelle zwischen politischer Allgemeinsprache und Rechtssprache*). Erläutert wird das u. A. mit Bezug auf eine Fraktionsdebatte in der CDU/CSU-Fraktion und auf eine Plenarrede des Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) – beide im Rahmen einer der großen Auseinandersetzungen der deutschen Nachkriegsgeschichte: um den ‚Grundlagenvertrag' zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972/73. In der quantitativen Studie *Bewertendes Reden über Migranten im Deutschen Bundestag* wird untersucht, wo sich deutsche Parlamentarier sprachlich im Spektrum zwischen political correctness und Rassismus bewegen. Das Kapitel wird abgeschlossen mit zwei – in ihrer Intention sehr unterschiedlichen – Beiträgen. Für den Aufsatz *Bundeskanzler Schröder verkündet die ‚Agenda 2010'. Rede und Diskursrahmen* wird der Anspruch einer Modellanalyse erhoben; denn – anders als in herkömmlichen Redeanalysen – wird Schröders Regierungserklärung zum einen nicht als rhetorischer Solitär behandelt, sondern als Schnitt- und Kulminationspunkt konfligierender Diskurse, und zum anderen fungiert methodisch nicht (allein) der analysierende Wissenschaftler als hermeneutisches Subjekt, sondern werden – analog zur ‚Mehrfachadressierung' – mehrere Verständnisperspektiven auf die Rede projiziert: neben Resonanzen der Parlamentarier solche in der Presse, bei Gewerkschaftlern und vor allem in Form von Interviews mit beteiligten Akteuren wie dem seinerzeitigen Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement. Ganz anders der Text *Sachlich ist die beste Verteidigung.* Dabei handelt es sich um einen auf breite Leserschaft zielenden Artikel in der ‚Süddeutschen Zeitung'. Es wird herausgearbeitet, wie gegensätzlich Bundeskanzlerin

Angela Merkel (CDU) und ihr Kontrahent Peer Steinbrück (SPD) beim ersten Aufeinandertreffen im Bundestag nach Ausrufung Steinbrücks zum Kanzlerkandidaten rhetorisch agieren.

Das Kapitel AUS DER WELT DER POLITIK- UND MEDIENBERATUNG enthält den frühesten und einen der jüngsten Texte aus Beratertätigkeit. Der Beitrag *Bewertungen des Diskussionsverhaltens von Politikern in Fernseh-Streitgesprächen durch Jung- und Erstwähler* hatte eine bewegte Vorgeschichte, bevor er 1988 in einer germanistischen Zeitschrift (SuL) erstmals als Aufsatz erschien. Ausgangspunkt war ein empirisch-technisches Forschungsprojekt. Erstmals wurde ein Verfahren zur sendungsbegleitenden Erfassung von Bewertungen des TV-Geschehens durch Zuschauer (Bewertungsrecorder-Verfahren) mit einer relativ großen Probandenzahl durchgeführt. 221 Jung- und Erstwähler(innen) bewerteten während des beginnenden Bundestagswahlkampfs 1987 zwei Streitgespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und mit Johannes Rau, dem Kanzlerkandidaten der SPD. Es ging darum, unter welchen Aspekten diskutierende Politiker beurteilt werden. Nachdem der Chefredakteur des ZDF von dem Projekt erfahren hatte, diente eine Frühfassung des Textes ihm und seinem Ko-Moderator zur Vorbereitung der Sendung „Drei Tage vor der Wahl" mit den Spitzenkandidaten der Parteien (vgl. "Elefantenrunden ‚Drei Tage vor der Wahl'. Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972–1987" hrsg. von J. Klein 1990, S. 1987/14). Der Teilnehmer Johannes Rau kannte die Ergebnisse allerdings schon vorher aus einer Exklusiv-Beratung durch den Autor. Ein Viertel Jahrhundert jünger ist der Text *Angela Merkel erklärt ihre Politik in der Euro-Krise (nicht?)*. Es handelt sich um eine Expertise, die der Bundeskanzlerin dazu diente, eine – durch eine Bemerkung von Bundespräsident Gauck im Sommer 2012 ausgelöste – beginnende Kampagne, sie würde ihre Politik in der Euro-Krise nicht erklären, im Keim zu ersticken.

Das Kapitel DISKURSE UND KONTROVERSEN wendet sich von der Fokussierung auf einzelne Politiker-Persönlichkeiten ab. Im Beitrag *Zur Semantik der Nachrüstungsdebatte* werden der verteidigungspolitisch-fachliche Diskurs der *Nachrüstungs*befürworter und der alltagssprachlich-emotional geprägte, kampagnenähnliche Diskurs der *Nachrüstung*sgegner (sog. *Friedensbewegung*) vergleichend analysiert. Als diskursanalytische Methode wird dabei eine Engführung von Begriffs-, Argumentations- und Wirkungsanalyse praktiziert. Forciert vor allem von wirtschaftsliberal orientierten Kräften trägt auch der seit Ende der 1990er Jahre andauernde hochschulpolitische Diskurs unter dem

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Motto *Universität als Unternehmen* (= Titel des Beitrags) kampagnenartige Züge. In einer Dekonstruktion der metaphorischen Verwendung des Begriffs „Unternehmen“ zur Konzeptualisierung von ‚Universität‘ fließen Analyse und Kritik zusammen.

Auch im Kapitel SPRACHLICHE HERABWÜRDIGUNG geht es nicht um das sprachliche Profil von Einzelpersonen, sondern um Politisches – vor allem um politisch Fragwürdiges – in allgemein- und alltagssprachlicher Verwendung. *Benachteiligung der Frau im generischen Maskulinum – eine feministische Schimäre oder psycholinguistische Realität?* ist die erste Studie, in der auf der Basis psycholinguistischer Tests mit 276 Personen die tendenzielle Marginalisierung von Frauen durch das generische Maskulinum empirisch nachgewiesen wurde. Aktuelle Relevanz der 1986 durchgeführten Erhebung ergibt sich nicht zuletzt aus der Frage, ob die gesellschaftliche Entwicklung samt gender-bezogener Sensibilisierung seither zu anderen Ergebnissen führen würde. (Zwei mir bekannt gewordene aktuelle studentische Arbeiten aus den letzten Jahren, eine Augsburger Magisterarbeit von Ines Maier 2013 und eine Kieler Seminararbeit von Kristin Kaune 2015, in denen meine Untersuchung bis ins Detail nachvollzogen wurde, allerdings mit deutlich weniger Probandinnen und Probanden, kommen zu dem Ergebnis, dass bei Verwendung des generischen Maskulinums die männliche Präferenz nach wie vor gegeben ist, allerdings schwächer als 1986.) So sehr sich Bundestagsabgeordnete in Plenarreden beim Themenkomplex Asyl/Zuwanderung um ‚politische Korrektheit‘ bemühen (s. o.), so anfällig erscheint die Sprache im Alltag und in Massenmedien für abwertende Konzeptualisierungen. Im Beitrag *Sprachliche Mechanismen bei der Bildung nationaler Vorurteile* wird neben der Darstellung der gängigsten sprachlichen Formen offener oder versteckter Diskriminierung der Frage nachgegangen, inwieweit unabdingbare sprachliche und kognitive Strukturen daran beteiligt sind. Im Beitrag *Hartz-Sprache* wird gezeigt, wie eine Mischung von Management-, Werbe- und Bürokratensprache vor allem für Betroffene zynischen Charakter annehmen kann.

Mit dem Kapitel GLOBALE PERSPEKTIVEN wird die thematische Fokussierung auf Politik in Deutschland verlassen. Die Geschichte kennt zahllose Kriegsreden, aber kaum Friedensreden. Mit *Reden für den Frieden. Die Singularität der Reden des UNO-Generalsekretärs* wird diesem seltenen Genre ein Aufsatz mit Beispielen von Reden Kofi Annans gewidmet. Darin wird u. A. deutlich, wie schwierig, gelegentlich fast paradox (Forderung eines militärischen „robusten Mandats“ zum „peace building“) und manchmal chancenlos

die rednerische Werbung für Frieden unter den Bedingungen der heutigen Welt ist. Mit dem Beitrag *Texte mit globaler Resonanz. Auch ein Beitrag zu diskursivem ‚Kampf der Kulturen'* wird versucht, in dem bislang unerforschten Gelände globaler Diskurse und Kontroversen Schneisen zu schlagen: Es werden die Auswirkungen einer globalen Kommunikationskonstellation auf die vielfach vernachlässigte Diskurskategorie ‚Resonanz' betrachtet; es werden Übersichten über Themen, Akteure und Textsorten mit globaler Wirksamkeit erstellt; und es wird auf der Grundlage exemplarischer Analysen der UNO-Charta, der Gründungserklärung von al-Qaida und eines ‚Briefs' des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad an den US-Präsidenten George W. Bush ein entscheidender Unterschied in der ansonsten kulturübergreifenden Topik politischen Argumentierens herausgearbeitet: Während in der säkularen Tradition der Politik-Legitimierung von Perikles bis zur UNO-Charta Werte und Prinzipien (‚Prinzipientopos') als Grundlage des Handelns fungieren, ist in theokratischen, heute vor allem islamistischen Regimen (z. B. Iran) und Organisationen (z. B. al-Qaida) der Autoritätstopos in Form der Berufung auf Gott u./o. den Propheten als oberster Autorität stets dem Prinzipientopos vor- und übergeordnet. Der Beitrag *‚Change' durch Obama. Politischer oder kommunikativer Umbruch in den USA?* geht davon aus, dass der Kampf um das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten von Amerika als globales Ereignis wahrgenommen wird – erst recht die Wahlkampagne des ersten afro-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama. Aus einer über die Sprachanalyse hinaus gehenden semiotischen Perspektive werden die Bedingungen der außergewöhnlichen kommunikativen Wirksamkeit des Kandidaten und seiner Kampagne herausgearbeitet.

Das abschließende Kapitel Kleine Skizzen zu großen Reden thematisiert bedeutende Reden entscheidender Akteure in den prägenden Konflikten des 20. Jahrhundert. Neu im Verhältnis zu den zahlreich vorliegenden Analysen und Interpretationen der berühmten Reden ist vor allem der Nachweis einer topischen Prägung. Der Beitrag *‚Ich selbst bin ein Anarchist, aber von einer anderen Art'* gilt einer der großen Reden – wenn nicht der bedeutendsten – im Kampf um Befreiung vom Kolonialismus: Mahatma Gandhis Rede zur Einweihung der Hindu-Universität in Benares 1916. Einen – nicht nur psychologischen – ersten Wendepunkt im von Nazi-Deutschland siegreich und siegessicher begonnenen Zweiten Weltkrieg stellt Churchills sog. ‚Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede' dar, der der Beitrag *‚Blood, toils, tears and sweat'. Churchill bietet Nazi-Deutschland die Stirn* gewidmet ist. Der Beitrag *Freiheit, die er*

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

meinte. Kennedys Berliner Reden 1963 erschien im ‚Tagesspiegel' zum 50. Jahrestag des Berlin-Besuchs des US-Präsidenten während der Hochphase des Kalten Krieges. Darin werden beide Reden analysiert, die Kennedy in Berlin hielt. Denn neben dem rhetorischen Bravourstück, das mit dem Satz „Ich bin ein Berliner" endet, hielt Kennedy am selben Tag an der Freien Universität Berlin eine weitere Rede, die bspw. Egon Bahr als politisch und historisch bedeutender bewertet und der hier das besondere Augenmerk gilt.

Anregungen zu den in diesem Band versammelten Arbeiten habe ich von vielen Seiten empfangen: von Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem auch von Studierenden an den Germanistischen Instituten der RWTH Aachen und der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz) sowie dem Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Besonderer Dank für Ermutigung und Blickerweiterung gilt dem allzu früh verstorbenen freien Forscher und Freund Fritz Hermanns, in den Themenbereichen Kommunikationskritik und Medien Werner Holly und insgesamt den Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft Sprache in der Politik", deren Aktivitäten entscheidend dazu beigetragen haben, dass sich die Sprache-in-der-Politik-Forschung zur Politolinguistik weiterentwickelt hat.

Nach den guten Erfahrungen, die ich bei der Betreuung des Bandes „Grundlagen der Politolinguistik" durch den Frank & Timme Verlag gemacht habe, spreche ich der Verlegerin Frau Dr. Karin Timme besonders gern den Dank für die Aufnahme auch dieses Bandes in ihr Verlagsprogramm und Herrn André Horn für redaktionelle und technische Betreuung aus.

Heidi Klein, meine Frau, war an manchen der frühen, vor dem Computer-Zeitalter entstandenen Arbeiten durch Herstellung der Manuskripte beteiligt. Unser gemeinsames Interesse an Politik hat es mir leicht gemacht, bei dem erst relativ spät in meinem Forscherleben dominant gewordenen Thema Sprache und Politik zu bleiben. Ihr danke ich dafür und vor allem auch für die Nachsicht, mit der sie manches publikationsgeschuldete Ungleichgewicht im Zeitmanagement ertragen hat.

Berlin im Sommer 2015 Josef Klein

INSTRUMENTARIUM

Rhetorisch-stilistische Eigenschaften der Sprache der Politik[1]

1. Rahmen politischer Sprachverwendung: Diskurse, Verfahren, Kampagnen
2. Der persuasive Grundzug
3. Strukturebenen der Sprachverwendung
4. Konzeptualisierung
5. Wettbewerb
6. Adressaten- und Medienorientierung
7. Nicht-persuasive Formen und Grenzfälle
8. Literatur (in Auswahl)

1 Rahmen politischer Sprachverwendung: Diskurse, Verfahren, Kampagnen

Gegenstand dieses Beitrags ist politische Sprachverwendung unter den Bedingungen moderner Demokratie mit politischem, gesellschaftlichem und medialem Pluralismus. Sie findet vorrangig statt im Rahmen von Diskursen, Verfahren und Kampagnen. Deren prägende Eigenschaften sind Prozessualität und Intertextualität.

In *Diskursen* konstituieren sich themenbezogene Sichten und Handlungskonzepte – sei es im Sinne des Foucaultsche Diskursbegriffs als gemeinsame, sei es im Sinne des bildungs- bzw. gemeinsprachlichen Verständnisses von Diskurs als kontroversengeprägte, konkurrierende Konzeptualisierungen. Daher sind z. B. Schlagwortnetze nicht sprachsystem-bedingt, sondern veränderbare Ergebnisse diskursiver Prozesse.

Die Institutionalität von Politik manifestiert sich in *Verfahren*, z. B. Gesetzgebungsverfahren mit fester Schrittfolge und geregelten Relationen zwischen Textsorten (Gesetzentwurf, Ausschussbericht, Experten-Gutachten etc.) und Interaktionsformaten (Plenardebatte, Ausschusssitzung, Hearing etc.).

1 Erstveröffentlichung in: Fix, U./Gardt, A./Knape, J. (Hgg.) (2009): Rhetorik und Stilistik – Rhetoric and Stylistics. Berlin/New York: de Gruyter, 2112–2131

Kampagnen sind strategisch angelegt und zentral gesteuert. Sie begegnen vor allem als Wahlkampagnen. Ihre Einheitlichkeit wird durch Schwerpunkthema, Spitzenkandidat(in), Slogan und Design gewährleistet.

2 Der persuasive Grundzug

In den typologisch orientierten Überblicken über politische „languages" (Edelman 1964, 130ff), „Sprachstile" (Dieckmann 1969, 86ff), „Sprachspiele" (Grünert 1984, Strauß 1986), „Textsorten" (Klein 2000b) und „Typen mündlicher Interaktion", sog. „Interaktionsformaten", (Klein 2001) ist nie die Frage danach gestellt worden, inwieweit es – quer durch die jeweiligen Typen – durchgängige Charakteristiken politischer Sprachverwendung gibt. Geht man dieser Frage nach, so zeigt sich: Die Abhängigkeit politischer Entscheidungen von der Zustimmungsbereitschaft anderer hat auf allen Ebenen der Politik eine Präferenz für Persuasivität zur Folge. Sie dominiert die meisten politischen Interaktionstypen und Textsorten und prägt deren Lexik und Sprechhandlungsstruktur.

Diese – mit Ausnahmen (siehe 7.) – durchgängige Prägung bedeutet allerdings keine stilistische Einheitlichkeit. In politische Sprachverwendung wird die Angemessenheit – das „aptum" der klassischen Rhetorik – durch zahlreiche „Adäquatheitskriterien" (Fix 1995, 65 ff.) bestimmt, deren Priorität je nach Interaktionsrahmen, Textsorte und Thema wechselt – vielfach bedingt durch institutionelle und intermediale „Transkriptivität" (Jäger 2004).

Persuasiv sind Kommunikationspraktiken, die darauf zielen, Adressaten zu überzeugen und Vertrauen in die Richtigkeit des Gesagten, aber auch in den Emittenten zu schaffen.(*Emittent* wird zur Bezeichnung der für einen Text verantwortlichen Person(engruppe) oder Institution verwendet, vgl. Glinz 1977, 17) *Innerhalb* politischer Gruppierungen bedeutet das u. A., die politisch-soziale Welt sprachlich so zu konzeptualisieren, dass Identifikation ermöglicht und Zusammenhalt gestärkt wird.

Die Aristotelische Modellkonstellation politischer Rhetorik – Redner, Kontrahent, Dritte als Entscheider (und daher als Hauptadressaten) – ist auch in der modernen Demokratie grundlegend, allerdings in komplexerer Ausprägung: Interaktion mit Kontrahenten bedeutet heute *Wettbewerb*, und der Adressatenbezug ist durch *Mehrfachadressierung* und *Medien* bestimmt.

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

3 Strukturebenen der Sprachverwendung

3.1 Lexik

Im Wortschatz der Politik mischen sich – je nach Thema und Situation mit unterschiedlichen Anteilen – Wörter mit Bezug

- auf die politischen Grundüberzeugungen (Ideologievokabular)
- auf die politischen Institutionen selbst (Institutionsvokabular),
- auf die zu regelnden Sachbereiche (Ressortvokabular),
- auf eine Vielzahl unspezifischer Handlungszusammenhänge (allgemeinsprachliches Interaktionsvokabular). (Vgl. Dieckmann 1969, 50ff; Klein 1989, 4ff)

Persuasives Potential manifestiert sich lexikalisch vor allem in Schlagwörtern. Sie enthalten kognitive, emotionale und normative Aspekte (vgl. Hermanns 1995; 2002) und zielen darauf Denken, Fühlen und Verhalten zu steuern. Als lexikalische Konzentrate verweisen sie auf häufig hoch komplexe Sachverhalte und bringen gleichzeitig ostentativ und appellierend die Einstellung zu diesen zum Ausdruck. Dabei fließen die emotionalen, evaluativen und normativen Bedeutungselemente vielfach ineinander (sog. „deontische Bedeutung", Hermanns 1986). Zum Schlagwort gehören hohe Gebrauchsfrequenz und Verwendung an hervorgehobener Stelle (Überschriften etc.). Vielfach sind die ‚Schlüsselwörter' eines Diskurses, d. h. Wörter, die sein konzeptuelles Zentrum markieren, gleichzeitig Schlagwörter. Sie sind häufig miteinander zu diskursspezifischen Schlagwortnetzen verknüpft (siehe 4.1.).

3.2 Sprechhandlungen/Argumentation

Die rhetorisch relevanten Dimensionen prägen sich in zahlreichen Sprechhandlungen aus. Bei INFORMIEREN, BEHAUPTEN, BEGRÜNDEN, ERKLÄREN und FRAGEN dominiert die kognitive Dimension. Allerdings: „Die Sätze politischer Rede … haben schon als behauptende Aktionscharakter. … Handlungsprädispositionen sollen stabilisiert, geändert oder zersetzt, Handlungen oder Unterlassungen bewirkt, Zustimmungsbereitschaft erzeugt werden." (Lübbe 1982, 52) Emotional geprägt sind BETROFFENHEIT ÄUSSERN, JUBELN, DANKEN u. Ä., willensbetont-normativ sind FORDERN, APPELLIEREN, SICH BEKENNEN ZU, RATEN u. Ä. Beides mischt sich in Sprech-

handlungen wie VORWERFEN, SICH EMPÖREN ÜBER, PROTESTIEREN und SICH IDENTIFIZIEREN MIT.

Die wichtigste *komplexe* Sprechhandlung in politischer Kommunikation ist ARGUMENTIEREN (LEGITIMIEREN, DELEGITIMIEREN). Beim LEGITIMIEREN politischen Handelns dominiert ein universelles *topisches Muster* (Klein 2000a; 2003; in diesem Band „Politische Argumentation – die topische Basisstruktur", S. 77ff.): Man stützt die positive Bewertung des (meist eigenen) Handelns, indem man

- auf Situationsdaten verweist (*Datentopos*),
- handlungsmotivierende Situationsbewertungen vornimmt (*Motivationstopos*),
- sich auf leitende Prinzipien, Normen oder Werte beruft (*Prinzipientopos*),
- Ziele anführt (*Finaltopos*).

Vielfach treten zu dieser Konstellation von Argument*typen* (= Topoi) noch der *Konsequenztopos* als Hinweis auf Folgen des Handelns oder Nicht-Handelns, der *Autoritätstopos* als Berufung z. B. auf Experten oder – bei religiös-fundamentalistischer Orientierung – auf Gott, der *Exemplumtopos* als Verweis auf Beispiele u./o. der *Relevanztopos* als Hinweis auf die (Un-)Wichtigkeit eines Gesichtspunktes (Kindt 1994, 472ff). Weitere Topoi (Kienpointner 1992) spielen eine untergeordnete Rolle oder sind Ausdifferenzierungen der Topoi des dargestellten Musters (so das Gros der Topoi in Wengeler 2003).

In Parlamentsdebatten enthält die einzelne Rede nicht immer alle Topoi; doch wenn man die Reden einer Fraktion zur RECHTFERTIGUNG ihrer politischen Position zusammennimmt, bleibt das Muster selten unvollständig (vgl. Klein 1995, 33 ff). Lediglich Fragmente des Musters finden sich in Statements. In den TV-Nachrichten und der Berichterstattung regionale Tageszeitungen werden zwar politische Positionen, doch selten ihre argumentative Stützung benannt. So erscheinen argumentationsreiche Parlamentsdebatten dem Publikum vielfach als argumentationsloser Schlagabtausch (ebenda, 51ff). Demgegenüber sichert bei Volksabstimmungen in der Schweiz das Medium der „Abstimmungserläuterungen" die breite öffentliche Präsenz aller wichtigen Pro- und Kontra-Argumente (vgl. Klein 2006).

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

3.3 Texte und Interaktionsformate

In der politischen Kommunikation begegnen wir einer großen Zahl von Textsorten und Interaktionsformaten mit institutions-, aufgaben- und adressatenspezifischer Ausrichtung. Typenprägend wird das ganze Spektrum der klassischen rhetorischen Strategien mobilisiert: Informieren und Erklären von Zusammenhängen (docere), insbesondere Argumentieren (probare), zielt auf die kognitive Dimension (logos), Emotionalisieren (movere) auf Erregung starker Affekte (pathos) und Unterhalten (delectare) auf das Erzeugen einer positiven Stimmung. Angesichts dieser Vielfalt sollen wenige Hinweise genügen:

- In Texten öffentlicher Auseinandersetzungen (Parlamentsreden, Parteitagsdebatten, Protestresolutionen u. Ä.), aber auch in nichtöffentlichen Interaktionen (z. B. Fraktionssitzungen) begegnet man unterschiedlichen Mischungen aus rationalen, emotionalen und moralisch-normativen Persuasionsstrategien.
- In der Expertenkommunikation (Gutachten, Sachverständigenanhörungen u. Ä.) ruhen die Persuasionshoffnungen vor allem auf der Überzeugungskraft von Analyse, fachlicher Argumentation und der Symbolkraft von „Sachlichkeit“ – ob bzw. welche Interessen auch immer dahinter stehen.
- In den Formaten der unterhaltungsorientierten Medien Fernsehen und Boulevard-Presse, über die das Gros der Bevölkerung politische Kommunikation erfährt, hängen Persuasionschancen nicht zuletzt von der Erfüllung von Entertainment-Ansprüchen ab – auch in Formaten, die unter der Rubrik „Information“ firmieren (vgl. Postman 1985; Meyer 2001; Saxer 2007).
- Auch der für die politische Binnenkommunikation besonders wichtige Interaktionstyp *Verhandeln* ist – anders als Dieckmanns (1969, 87ff) Unterscheidung zwischen „Sprache der Überredung“ und „Sprache des Verhandelns“ nahe legt – keineswegs persuasionsfrei (vgl. Osterkamp/Kindt/Albers 2000; Klein 2001, 1595ff). Persuasive Handlungen sind konstitutive Elemente des Verhandelns: Argumentieren für die eigene Position, Werben um Verständnis, Locken mit Angeboten, Vorbringen von Einwänden, gemeinsames Überlegen und herantastendes Argumentieren zugunsten von Kompromisslösungen. Auch Drohen für den Fall des Scheiterns ist als Ausprägung des Konsequenztopos persuasiv.

4 Konzeptualisierung

4.1 Wörter und Schlagwortnetze

Die Konzeptualisierung der Welt ist eine zentrale Leistung der Sprache. Sie findet vornehmlich auf lexikalischer Ebene statt. Neue Begriffe lassen die Welt vielfach aus anderer Perspektive betrachten als zuvor – seit einigen Jahren etwa das Schlag- und Schlüsselwort *Globalisierung* (vgl. Klein/Meißner 1999, 10 ff, Hermanns 2003, Liebert 2003).

Grundlegende politische Konzepte entfalten sich in strukturierten Mengen von Schlagwörtern. Exemplarisch dafür steht ein (hier nur in seinen wichtigsten Bestandteilen wiedergegebenes) Schlagwortnetz, das seit Ende der 1940er Jahre in Deutschland eine prägende Rolle spielt und dessen Zentrum der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* bildet. Eine solche Struktur lässt sich als „Frame" übersichtlich abbilden. In Frames werden lexikalisierte Bestände kollektiver Überzeugungen auf zwei Ebenen repräsentiert: der Ebene der der übergeordneten inhaltlichen Kategorien, die den Frame strukturieren (SLOTS) und der Ebene der Lexeme des jeweiligen Schlagwortnetzes als den Konkretisierungen der Kategorien (*Fillers*). (Zur Begründung von Kategorien bzw. Slots: Konerding 1993, 141ff; Klein 1999, 159ff).

Beispiel: Schlagwortnetz *Soziale Marktwirtschaft*

Slots	**Fillers**
RAHMENBEGRIFF:	*Soziale Marktwirtschaft*
FUNKTIONSPRINZIP:	*Wettbewerb*
ZENTRALER WERT:	*Freiheit*
BETEILIGTE:	*Unternehmer, Verbraucher, Arbeitnehmer*
RELATIONEN ZW. BETEILIGTEN:	*Markt, (Sozial-)Partnerschaft*
ERGEBNIS:	*Wohlstand, soziale Sicherheit*

Schlagwortnetze werden nicht nur zusammengehalten durch die im Frame repräsentierten sachbezogenen Zusammenhänge. Sie werden auch „konnotativ integriert" durch die zum Ausdruck kommende Grundeinstellung und den dominanten Kommunikationsgestus (Klein 1989, 31ff). Im Falle *Soziale*

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Markwirtschaft war das im ersten Nachkriegsjahrzehnt der Optimismus eines entschlossenen Neuanfangs, dann über Jahrzehnte die Selbstgewissheit des Erfolgs und seit Ende der 1990er Jahre die Entschlossenheit zu ihrer Verteidigung gegen die *Stürme der Globalisierung* (Gerhard Schröder: Regierungserklärung v. 14.3.2003, Protokoll Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, 32. Sitzung, 2480 D).

4.2 Polare Strukturen

Die mobilisierende Kraft politischer Ideologien und Konzepte speist sich nicht zuletzt aus Abgrenzung und Kampfbereitschaft. Aufwertenden Begriffen für eigene Positionen stehen abwertende Begriffe für die des Gegners antonymisch gegenüber. Diese Struktur besteht unabhängig davon, ob Gegner als legitime Konkurrenten, politische Kriminelle oder vernichtenswerte Feinde konzeptualisiert sind. Sie gilt insbesondere für

- Gruppenbezeichnungen: von der harmlosen Antithese *wir* (lexikalisch neutrale, aber prosodisch selbstbewusst akzentuierte Selbstbezeichnung) – *die anderen* (lexikalisch neutrale, in empörtem oder verachtendem Ton artikulierte Fremdbezeichnung) bis zur mörderischen Kontrastierung *Arische Herrenrasse* (NS-Bezeichnung für die als „Rasse" konzeptualisierte Eigengruppe) – *Parasiten/Schädlinge/Ungeziefer* (NS-Fremdbezeichnungen insbesondere für die als minderwertige „Feindrasse" konzeptualisierten Juden)
- Hochwertbegriffe: z. B. die eigene Hochschätzung *sozialer Gerechtigkeit* im Kontrast zur *sozialen Kälte* des Gegners
- Bezeichnungen für institutionelle Zustände: eigener *Rechtsstaat* vs. *Unrechtsregime* des Gegners
- Ziele und Zustandsbeschreibungen: eigene Ziele im Kontrast zu Zuständen in gegnerischer Verantwortung, z. B. aus wirtschaftsliberaler Perspektive: *Deregulierung* vs. *Regulierungswut*.

Positiv-Begriffe, die einer Gruppierung als Identifikationsmarken dienen, werden als „Fahnenwörter", Negativbegriffe zur Stigmatisierung politischer Gegner als „Stigmawörter" bezeichnet (Hermanns 1982, 91f)

Zur Polarisierung werden lexematisch, morphologisch oder kontextuell bedingte deontische Potentiale genutzt:

- Kompositumbildung: *Friedens*politik (aufwertend), *Aufrüstungs*politik (abwertend)
- Derivation: Demokrati*sierung* (aufwertend), Reform*itis* (abwertend)
- feste Kollokation: *Soziale Marktwirtschaft* (aufwertend), *Mauer und Stacheldraht* (abwertend)
- Synonymisierende Prädikation: So wurde in den Auseinandersetzungen um die Änderung des § 218 die *Fristenlösung* in aufwertender Perspektive mit *Selbstbestimmung der Frau*, in abwertender Perspektive mit *Tötung ungeborenen Lebens* synonymisiert.
- Metaphorik: *Aufschwung* Ost (aufwertend), Sozial*abbau* (abwertend)
- Hyperbolik: Wirtschafts*wunder* (aufwertend), „Bildungs*katastrophe*" (abwertend)
- Wortspiel (meist abwertend): „*sozialistische Murkswirtschaft*" als Doppel-Paronomasie zum Eigennamen *Marx* und zum kontrastierenden Systemnamen *Soziale Marktwirtschaft.*

Schlagwortnetze enthalten neben Positivbegriffen („+")für den eigenen Ansatz oft abwertendes Vokabular („–") für Gegnerisches. Exemplarisch lässt sich am wirtschaftsliberalen Diskurs etwa ab Ende der 90er Jahre in Deutschland zeigen. Im Zentrum steht der Begriff *Reform* bzw. *Reformpolitik*. Dieses Netz, von dessen Schlagwörtern hier eine relevante Teilmenge präsentiert wird, ist beispielhaft auch für ein weiteres Phänomen: Schlagwörter fungieren häufig als auf Kurzform gebrachte Argumente. Darum folgt die ‚Ordnung der Wörter' in Schlagwortnetzen, die ein politisches Handlungskonzept repräsentieren, vielfach dem ‚komplexen topischen Muster' der Legitimierung politischen Handelns (siehe 3.2).

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Beispiel: Wirtschaftsliberales Schlagwortnetz *Reformpolitik*
(repräsentiert im Frame-Format: SLOTS: Filler)

SITUATIONSDATEN:	*Arbeitslosenzahlen, Globalisierung, der deutsche Sozialstaat*
SITUATIONSBEWERTUNG:	*Massenarbeitslosigkeit* (–), *Überregulierung* (–), *Sozialmissbrauch* (–), *Globalisierung als Chance* (+)
PRINZIPIEN:	*Freiheit* (+), *Wettbewerb* (+), *Eigenverantwortung* (+), *Gleichmacherei* (–), *Neidkultur* (–)
ZIELE:	*Wettbewerbsfähigkeit* (+) (*Sicherung des*) *Standort*(*s*) *Deutschland* (+), (mehr) *Arbeitsplätze* (+)
GEFORDERTE MAßNAHMEN:	*Reformen* (+): *Flexibilisierung* (+), *Deregulierung* (+), *Privatisierung* (+), *schlanker Staat* (+)

4.3 Metaphern

Komplexe politische Sachverhalte werden vielfach in Form von Metaphernverbänden konzeptualisiert: Unter suggestiver Ausnutzung assoziativer Analogien strukturiert ein (meist sinnlich-anschauliches) Spenderkonzept weitgehend ein (meist abstraktes) Empfängerkonzept (Lakoff/Johnson 1980).

Für den Staat gibt es seit der Antike unterschiedliche metaphorische Konzepte wie SCHIFF, ORGANISMUS und PERSON. Vor allem das Konzept PERSON kann man, wenn man über den Staat redet, kaum umgehen, es sei den man hört auf, dem Staat als „juristischer Person" zuzusprechen, was eine Person ausmacht: zu handeln, verantwortlich zu sein, zu haften u. Ä.

Wie Böke (2002) für den Zuwanderungsdiskurs der letzten Jahrzehnte in Deutschland und Österreich gezeigt hat, erfolgt kognitive Steuerung durch metaphorische Konzepte auch in der deontischen Dimension. Böke, die methodisch auf die Frame-Theorie zurückgreift, kommt zu dem Ergebnis: Im Zuwanderungsdiskurs „dominiert die Bewegungs-Metaphorik nach dem Konzept ‚fließendes Gewässer'. Dieses Konzept eines ‚naturhaften' Verlaufs wird zeitweise ergänzt durch den Aspekt ‚kultivierender' Regulierungsmaßnahmen." So ergibt sich ein Frame mit folgenden SLOTS und Fillers: „ANFANG (*Reservoir, Nachschubquelle* etc.) – WEG (*Strom, Zustrom, Welle, Flut, überfluten, überschwemmen*) – HINDERNIS/REGULATOR (*Damm, eindämmen, kanalisieren, Schleuse, einschleusen*) – ENDE (*Ausländerschwemme*)". (Böke 2002, 270) Die Lexeme werden überwiegend in den Dienst einer deontisch

negativen Konzeptualisierung der Zuwanderung gestellt – unter Ausblendung der prinzipiellen Differenz der Sphäre des Menschen (Individualität, Menschenrechte etc.) zu physikalischen Phänomenen.

4.4 Political Correctness/Euphemismus

„Political Correctness“ und „Euphemismus“ sind Kategorien sprachkritischer Reflexion. Political Correctness ist eine bewusste Sprachpraxis, in der als diskriminierend geltende Bezeichnungen für Personengruppen (*Asylant, Unterschicht*) stigmatisiert und durch Bezeichnungen ersetzt werden, in denen die jeweilige Gruppe diskriminierungsfrei konzeptualisiert wird (z. B. *Asylbewerber, Arme*). In Deutschland und Österreich sind vor allem Wörter, die als NS-infiziert gelten, im Ruch politischer Unkorrektheit.

Auch der Euphemismus stellt den Versuch dar, einen Sachverhalt so zu konzeptualisieren, dass positive oder zumindest neutrale Deontik impliziert ist. Im Unterschied zu ‚politisch korrekten‘ Bezeichnungen, deren Korrektheit darin besteht, als ehrenwert betrachtete Referenzobjekte vor sprachlicher Diskriminierung zu schützen, wendet man sich mit dem Begriff Euphemismus kritisch gegen sprachliches Kaschieren negativ bewerteter Sachverhalte. Das Spektrum reicht vom Euphemismus *Sonderbehandlung* als zynische Nazi-Bezeichnung für politisch oder rassistisch motivierten Mord bis zu verharmlosenden Allerweltsbegriffen wie *Diskussionen* zur Bezeichnung harter innerparteilicher Personalauseinandersetzungen.

4.5 Texte und Interaktionsformate

Programmorientierte Textsorten konzeptualisieren Politik als Katalog von Gestaltungsoptionen:

- Grundsatzprogramme im Gestus des Bekenntnisses zu politischen Ideen und Prinzipien,
- Wahlprogramme kämpferisch u./o. vollmundig als Füllhorn erwünschter Maßnahmen,
- Regierungserklärungen – eingerahmt von ideologischen Akzentsetzungen am Anfang und am Schluss – als entschlossen, aber nüchtern vorgetragenes Spektrum der Vorhaben in der kommenden Regierungsperiode.

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Boulevard-Presse, politische Magazine und die meisten TV-Formate konzeptualisieren Politik primär als personenbestimmte Konfrontation.

In Beiträgen von Interessengruppen, Verbänden, Bürgerinitiativen oder NGOs, etwa zu parlamentarischen Hearings, erscheint Politik als hürdenreiches Feld der Durchsetzung von – jeweils als berechtigt behaupteten – Interessen.

Protestformate und –texte gerieren sich als moralisch gebotenes Aufbegehren gegen die ‚Herrschenden' und ihre als willkürlich u./o. unverantwortlich angeprangerten Maßnahmen.

In Wahlkämpfen überlagern sich diese ‚Bilder' von Politik, häufig mit dramatisierter Zuspitzung auf die Konfrontation zwischen Spitzenkandidaten.

In den epideiktischen Textsorten, insbesondere Reden, wird dagegen eine konsensuale Welt der Werte, der Erinnerung, der Anerkennung oder des Feierns modelliert. Das Spektrum reicht von der (in Deutschland und Österreich wegen der NS-Vergangenheit und in Deutschland auch wegen der DDR-Diktatur heiklen) Gedenkrede über die TV-Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten bis zu Eröffnungsreden von Messen u. Ä. –Allerdings verkneifen Redner es sich dabei nicht immer, per Andeutung oder Implikatur indirekt und daher schwer angreifbar zu strittigen Fragen Stellung zu beziehen (vgl. Liedtke 1996).

Das Interaktionsformat Debatte, das im Mittelpunkt der zentralen politischen Institution, des Parlaments, steht, konzeptualisiert Politik nicht nur als Wettbewerb, sondern konstituiert sie als solchen.

5 Wettbewerb

Wie totalitäre Ideologien mit Monopolanspruch auf Macht zeigen, läuft polarisierende Konzeptualisierung von Welt nicht eo ipso auf institutionell geregelten Wettbewerb hinaus. Sich dem Wettbewerb mit politischen Gegnern zu stellen hat Folgen auf allen Ebenen der Sprachverwendung. Im Nebeneinander und Gegeneinander von Regierenden und Regierten, Parteien, Verbänden, Medien, Experten und Nicht-Experten, Einzelpersonen und Gruppen versuchen vor allem die Machtinteressierten, ihre Sprache und damit ihre Sicht der politisch-sozialen Welt durchzusetzen.

5.1 Wettbewerbskonstellationen

Politischer Wettbewerb wird öffentlich überwiegend in verbaler Konfrontation ausgetragen, die auch das linguistische Interesse stark anzieht. Darüber darf nicht aus dem Blick geraten, dass es unterschiedliche Wettbewerbkonstellationen – offene politische Gegnerschaft, Koalition, Flügel innerhalb einer Partei – mit jeweils eigenen (ungeschriebenen) Regeln der öffentlichen Beziehungskommunikation gibt:

- Gegenüber dem politischen Gegner sind im Regelfall die Differenzen zu betonen – bei Konzeptionen wie bei Einzelheiten. Dahinter steht die demokratietheoretische Auffassung, dass eine lebendige Demokratie vom Streit als Ausprägung von Meinungsfreiheit, gegenseitiger Kontrolle und ernsthaftem Ringen um die beste politische Lösung lebt.
- Unterschiedliche politische Konzepte von Koalitionsparteien dürfen als solche markiert werden, doch ohne den Koalitionspartner polemisch anzugreifen.
- Zwischen innerparteilichen Flügeln und Rivalen sind inhaltliche Differenzen möglichst nicht als unterschiedliche Konzepte, sondern als unterschiedliche Akzente auf gemeinsamer Grundlage darzustellen.

5.2 Lexikalische Konkurrenzen

Lexikalische Konkurrenzen sind ein wesentlicher Teil demokratischer Auseinandersetzung (Wengeler 2005, 191f). Bei ihrer Analyse müssen sämtliche Konstituenten des sprachlichen Zeichens beachtet werden:

- der Ausdruck (vor allem bei Substantiven, Adjektiven und Verben meist ‚Bezeichnung' genannt),
- das Konzept mit seinen kognitiven, deontischen und konnotativen Aspekten sowie
- der auf diese Weise konzeptualisierte Sachverhalt, das sog. ‚Referenzobjekt'.

(Das hier zugrunde gelegte triadische Zeichenmodell ist erkenntnistheoretisch nicht unproblematisch, sprachanalytisch aber unverzichtbar.)

Es lassen sich fünf Haupttypen unterschieden (Klein 1992):

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

(1) Konzeptkonkurrenz
Hier konkurrieren Konzepte, die mit unterschiedlichen Bezeichnungen auf *unterschiedliche* Sachverhalte referieren, aber denselben Regelungsbereich betreffen. Beispiel: die Auseinandersetzung über die sog. ‚Gesundheitsreform', die in Deutschland um 2003–2005 geführt wurde als Konflikt *Gesundheitsprämie* (CDU) vs. *Bürgerversicherung* (SPD, Grüne).

Im Falle der Konzeptkonkurrenz gibt es keinen innerlexematischen Aspekt, der zwischen den Konkurrenzbegriffen übereinstimmt – mit einer Ausnahme: Sie fallen unter denselben Oberbegriff: ‚Finanzierung des Gesundheitswesens'.

(2) Bezeichnungskonkurrenz
Anders als im vorherigen Typus konkurrieren hier unterschiedliche Bezeichnungen für *denselben* Sachverhalt bzw. *dasselbe* Referenzobjekt. Aus parteilicher Perspektive werden an ihm jeweils solche Aspekte hervorgehoben, die im einen Falle die gewünschte positive und im anderen die negative Deontik motivieren. Beispiel: Selbstmordattentäter. In weitesten Teilen vor allem der ‚westlichen' Welt werden sie mit dem Stigmawort *Terroristen*, von militanten Islamisten dagegen mit dem Fahnenwort *Märtyrer* bezeichnet. Im einen Falle wird darauf abgehoben, dass es sich um Personen handelt, die unter Missachtung des internationalen Kriegsrechts in spektakulären Gewaltaktionen mit möglichst vielen Toten Angst und Schrecken verbreiten, im anderen, dass sie ihr Leben für Gott opfern.

Bezeichnungskonkurrenz kann sich auf ganze Begriffsnetze erstrecken. So schlug sich der ideologische Wettbewerb zwischen der Bundesrepublik und der DDR u. a. darin nieder, dass die wichtigsten Begriffe des Schlagwortnetzes „Soziale Marktwirtschaft" (s. 4.1.) durch ihre marxistischen Kritiker in allen wichtigen Kategorien (= Slots der Frame-Repräsentation) konterkariert wurden: im Slot RAHMENSETZENDER ZENTRALBEGRIFF *Soziale Marktwirtschaft* durch *Kapitalismus*, im Slot FUNKTIONSPRINZIP *Wettbewerb* durch *Profitmaximierung*, im Slot ZENTRALER WERT *Freiheit* durch die Unwertbegriffe *Ausbeutung* und *Entfremdung*, im Slot HAUPTBETEILIGTE *Unternehmer* durch *Kapitalist*, *Arbeitnehmer* durch *Arbeiterklasse*, im Slot RELATIONEN ZWISCHEN DEN HAUPTBETEILIGTEN *(Sozial-)Partnerschaft* durch *Klassenkampf* und im Slot ERGEBNIS *Wohlstand, soziale Sicherheit* durch *Arbeitslosigkeit*. Es ist kein Zufall, dass in den beiden letztgenannten Slot-Kategorien für die Begriffe *Verbraucher* und *Markt* griffige Kontrastbegriffe fehlen; denn diese (für

das kritisierte System zentrale) Seite bleibt in der marxistisch-leninistischen Ideologie weitgehend außerhalb des konzeptuellen Fokus.

(3) Bedeutungskonkurrenz (deskriptiv)

Bedeutungskonkurrenz, auch als „ideologische Polysemie" bezeichnet (Dieckmann 1969, 70ff), liegt vor, wenn unterschiedliche Gruppierungen denselben Ausdruck in unterschiedlichen Bedeutungen verwenden, z. B. Hochwertwörter wie *Freiheit*, auf die niemand verzichten möchte. Die Hochwertigkeit wird nicht angetastet, doch die inhaltliche („deskriptive")Seite des Konzepts wird je spezifisch gefasst. Während *Freiheit* in der Programmtradition der SPD primär bedeutet, nicht bedrückt zu sein *von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht* – wofür vor allem der Staat zu sorgen hat – (bspw. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1998, 12), steht im Zentrum des liberalen Freiheitsbegriffs ein starker Impetus gegen staatliche Begrenzungen des Handelns der Bürger und darum die Forderung nach *weniger Staat* (bspw. F.D.P. Die Liberalen: Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft. 1997, 9ff). Im SPD-Verständnis ist (*soziale*) *Gerechtigkeit* der wichtigste ‚Grundwert' und notwendige Bedingung für *Freiheit*. Demgegenüber ist für die FDP *Freiheit* der zentrale Wert, der alle anderen Werte, einschließlich der *Gerechtigkeit*, ermöglicht.

Kontrahenten pflegen die gegnerische Bedeutung negativ zu interpretieren. So unterstellen Sozialdemokaten der FDP gerne, dass diese ‚in Wahrheit' *Wettbewerbsfreiheit* und *unternehmerische Freiheit* auf Kosten der Arbeitnehmer, der Umwelt etc. meine, während die FDP der SPD zu unterstellen pflegt, es mit der *Freiheit* ‚in Wahrheit' nicht sehr ernst zu meinen, weil sie diese von einer *sozialen Gerechtigkeit* abhängig mache, die durch den Begriff der *Gleichheit* definiert werde, was mit dem Begriff der Freiheit unvereinbar sei.

(4) Bedeutungskonkurrenz (deontisch)

Kämpfe um die deontische Bedeutung entstehen mit dem Umwerten eines vom Gegner benutzten Wortes. Dazu bedarf es günstiger Bedingungen. So gelang es den sog. ‚bürgerlichen' Kräften in der Bundesrepublik, das zuvor überwiegend positiv besetzte Wort *sozialistisch* – das, wie die Parteibezeichnung „national*sozialistisch*" zeigt, nicht nur auf der linken Seite des politischen Spektrums beliebt war – erst dann beim Gros der Bevölkerung zum Stigmawort umzuwerten, als der *real existierende Sozialismus* in der DDR immer mehr als abschreckend und prototypisch für *Sozialismus* empfunden wurde.

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

(5) Konkurrenz um konnotativen Glanz
Ähnlich der Wirtschaftswerbung wird versucht, sich Positiv-Begriffen so fest zu assoziieren, dass diese zu Konnotaten des eigenen Politik- oder Personenkonzeptes werden – etwa wenn Politiker aller Couleurs mit dem hochfrequenten Gebrauch des Adjektivs *nachhaltig* darum wetteifern, als jemand zu gelten, der ‚über den Tag hinaus' denkt. Ein ganzes Wortfeld war betroffen, als die rot-grüne Bundesregierung es 2002/2003 unternahm, anlässlich einer Organisationsreform der Arbeitsverwaltung Bezeichnungen, denen der Ruch bürokratischer Schwerfälligkeit anhing, durch solche zu ersetzen, die das Flair modernen Managements mitbrachten: Aus „Bundes*anstalt* für Arbeit" wurde „Bundes*agentur* für Arbeit", aus „Arbeits*ämtern*" „*Agenturen* für Arbeit", aus „*Arbeitsvermittlern*" „*Fallmanager*", aus „*Leistungsempfängern*" „*Kunden*" etc. Hier steht der Austausch der einzelnen Bezeichnungen im Dienst einer übergreifenden Konnotationsstrategie.

5.3 Sprechhandlungen/Argumentation

Die Spanne zwischen kompetitiver und kooperativer Interaktion politischer Wettbewerber schlägt sich nieder in dem Spektrum SICH-EMPÖREN-ÜBER, VORWERFEN, ANGREIFEN, KRITISIEREN, WARNEN, SICH-BESORGT-ZEIGEN, RATEN, ZUSTIMMEN, ÜBEREINSTIMMUNG-ERKLÄREN-MIT, LOBEN.

Die Art der Konkurrenzbeziehung lässt sich auch an den Varianten des komplexen Sprechhandlungstyps KONTRA-ARGUMENTIEREN erkennen. In scharfen Auseinandersetzungen werden die Regeln fairen Argumentierens (Groeben/Schreyer/Christmann 1993) vielfach nicht eingehalten: Man ignoriert die Argumente der Gegenseite, entstellt sie in negativer Lesart (Kindt 2000, 329ff) oder verwendet Pseudo-Argumente, z. B. Evidenz suggerieren, Quantität gegen Quantität ausspielen, unzulässig verallgemeinern (Klein 1996, 7ff).
Einen entgegenkommenderen Umgang mit Kontrahenten markiert KONZESSIVES ARGUMENTIEREN. Es folgt dem Schema

Obwohl X, plädiere ich für Y; denn Z.

Per Verwendung einer Konzessiv-Konjunktion wie *obwohl* konzediert man der Gegenseite immerhin, dass X an sich nicht falsch sei – nur sei es angesichts des relevanteren Pro-Arguments Z nicht geeignet, die eigene Position zu entkräften.

5.4 Interaktionsformate/Texte

Interaktionsformate, in denen politischer Wettbewerb als öffentliches Aufeinandertreffen der Konkurrenten in Face-to-face-Kommunikation stattfindet, sind:

- die *Parlamentsdebatte* als Institution von Verfassungsrang,
- die *Fernseh-* und *Hörfunkdiskussion* als massenmediales Programmelement,
- *Podiumsdiskussionen* u. Ä. als freie Veranstaltungstypen.

Oberhalb dieser Ebene stellen *Wahlkampf* und (in der Schweiz) *Referendum-Kampagnen* Makro-Formen strukturierter wettbewerblicher Interaktion dar.

In nicht-öffentlichen Interaktionsformaten gelten trotz häufig gleicher Konkurrenten-Konstellation andere Kommunikationsregeln als in öffentlichen. So ist in nicht-öffentlichen parlamentarischen *Ausschusssitzungen* der scharfe, polemische Ton im Umgang mit dem politischen Gegner verpönt.

In *Fraktion- und Parteitagsdebatten* treffen konkurrierende Meinungen innerhalb einer politischen Gruppierung aufeinander – häufig getragen von Flügeln (vgl. Klein/Steyer 2000, 302ff). Bemerkenswert ist der Unterschied zu *parlamentarischen Plenardebatten.* Plenardebatten sind Legitimationsdebatten. Da vorher in den Fraktionen entschieden ist, wie abgestimmt wird, gibt es normalerweise keine Chance, im Plenum noch Stimmen zu gewinnen und daher keinen Grund, den Gegner vor der Öffentlichkeit zu schonen. Demgegenüber sind *Fraktions- und Parteitagsdebatten* Entscheidungsdebatten. Dort können vor der Abstimmung durch Argumentation Stimmen gewonnen werden. Dazu kommt – trotz Vorhandensein von Flügeln – die Prätention eine politische Einheit zu sein. Beides begünstigt kooperativen Stil ohne persönliche Schärfen.

Wettbewerb innerhalb von *Schrifttexten* ist auf institutioneller Ebene die Ausnahme – etwa die Textsorte *Parlamentarischer Ausschussbericht*, die obligatorisch die Positionen von Ausschussmehrheit *und* -minderheit enthält. Ansonsten wird fairer Wettbewerb z. B. durch Regeln über das Recht politischer Konkurrenten, jeweils eigene Texte einzubringen, gewährleistet.

In der Presse gibt es mehrere Formen, politischen Wettbewerb in Schrifttextform zu arrangieren – vom Text-Cluster mit *Pro- und Contra-Stellungnahme* über das abgedruckte *Streitgespräch*, das *Doppelinterview* mit politischen Kontrahenten, die *Synopse* konkurrierender Wahlprogramme bis zu *Berichten* über konkurrierende Positionen und dem ‚ausgewogenen' Abdruck von Leserbriefen.

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

6 Adressaten- und Medienorientierung

6.1 Adressatenspektrum und sprachstilistische Hauptorientierung

Das Adressatenspektrum von Politik ist breit. Es umfasst Anhänger, Gegner und Indifferente, Betroffene und Nicht-Betroffene, Experten und Laien, Menschen unterschiedlicher Interessen, Überzeugungen, Gruppen- und Schichtzugehörigkeit und, wenn es um internationale Themen geht, andere Staaten und internationale Organisationen. Mehrfachadressierung – offen oder implizit – ist der Normalfall (vgl. Kühn 1995). Der Druck, vielen gleichzeitig gerecht zu werden, verführt leicht zu einer Sprache, in der möglichst viele Kanten, an denen Adressaten Anstoß nehmen könnten, abgeschliffen sind.

Bei aller Breite und Vielfalt gilt: Die Adressaten öffentlicher politischer Kommunikation sind überwiegend Bürger/-innen, deren Verhältnis zur Politik unprofessionell und mediengeprägt ist. Adressatenorientierte politische Sprachverwendung ist darauf in hohem Maße eingerichtet. In den Massenmedien konkurrieren politische Themen mit anderen Themen um Aufmerksamkeit. Sofern nicht spektakuläre politische Ereignisse vorliegen, die eo ipso kollektive Aufmerksamkeit auf sich ziehen, nötigt das zur Verwendung sprachlicher Operationen, die Wahrnehmbarkeit, Interessantheit, Eingängigkeit und Erinnerbarkeit steigern. Auf lexikalischer Ebene führt das zur Favorisierung attraktiver Themenstichwörter und deontisch aufgeladener Schlagwörter, auf Sprechaktebene zur Formulierung knapper Thesen, Appelle und Positionsbestimmungen auf der Basis weniger, möglichst eingängig formulierter Argumente, gegebenenfalls verknappt zu Slogans und Parolen. Bei der Textstrukturierung dienen diesem Zweck rhetorische Mittel der Dramatisierung und Zuspitzung (Antithese, Hyperbel, Klimax, Sarkasmus), der Anschaulichkeit (Metapher, Vergleich, Metonymie, Synekdoche), des einfachen Aufbaus (Reihung, Top Down, Drei-Schritt) und der Auflockerung (Witz, Ironie, Registerwechsel). Als Textsorten kommen Kurzformen wie Statement, Presseerklärung, Anzeige, Spot u. Ä. dem entgegen. Wo visuelle Mittel eine Rolle spielen – vom Plakat über den TV-Spot bis zum Cover der Parteiprogramm-Broschüre – bestimmt werbliches Design die Bemühungen um ein einheitliches, markantes und sympathisches Bild der Partei.

Auch anspruchsvollere Textsorten unterliegen der Vereinfachung. So sind Grundsatzprogramme von Parteien im Vergleich zu den philosophischen und

ideologischen Basistexten, die den ideengeschichtlichen Hintergrund bilden, eher populär formuliert.

6.2 Kommunikationsprinzipien

6.2.1 Kommunikationsethik

Innerhalb und außerhalb des Massenpublikums ist das Spektrum der Interessen, der Forderungen und Erwartungen an Politik sehr uneinheitlich. Dennoch scheint es eine normative Konstante zu geben: die konstitutiven und gleichzeitig ethischen Prinzipien ernsthafter Kommunikation (vgl. Grice 1975 resp. 1968; Habermas 1971), die aus Adressatenperspektive gleichbedeutend sind mit den Ansprüchen auf

- Wahrhaftigkeit des Emittenten,
- epistemische Fundiertheit („Wahrheit") des Gesagten,
- deontische Fundiertheit (normative „Richtigkeit") des Gesagten,
- Verständlichkeit des Gesagten,
- Relevanz des Gesagten,
- Informativität des Gesagten.

Trotz der universellen Geltung dieser Ansprüche fehlt im Bereich der Politik ein verbindlicher Maßstab für ihre Erfüllung. Politiker/-innen müssen auch dann, wenn sie aus ihrer Sicht den kommunikationsethischen Ansprüchen genügen, damit rechnen, dass Rezipienten ihnen mit gleicher ehrlicher Überzeugung Unglaubwürdigkeit, Entstellung von Tatsachen, mangelndes Verantwortungsbewusstsein etc. vorwerfen.

6.2.2 Strategische Maximen

Hinzu kommt: Politiker/-innen sind Vertreter von Parteien, für die auch strategische Maximen des Eigeninteresses gelten, insbesondere:

(1) Stelle die eigene Position positiv dar!
(2) Stelle die gegnerische Position als ablehnenswert dar!
(3) Demonstriere Leistungsfähigkeit und Durchsetzungskraft!
(4) Mache dir durch deine Rede in relevanten Gruppen möglichst viele geneigt, vor allem aber möglichst wenige zu Gegnern!

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

(5) Halte dir Operationsspielräume offen – auch wenn du dich festlegen musst!

Das sprachliche Handeln nach jeder der Maximen mobilisiert bei der eigenen Gruppierung, bei Gegnern und bei umworbenen Dritten unterschiedliche Wirkungspotentiale:

Die vehemente eigene Positivdarstellung (1), verknüpft mit verbaler Geißelung von Gegnern (2) stärkt den Gruppenzusammenhalt, z. B. wenn zentrale Parteitagsreden zu kollektiven Erlebnissen von Gruppenidentität werden (vgl. zur Kategorie „Text als Erlebnis" Hermanns 2006). Gegenüber Gegnern ist der Kommunikationsmodus provokativ – allerdings sind persuasive Effekte mit Verzögerung nicht ausgeschlossen; denn beharrlich hart attackiert zu werden, kann zu Positionsänderungen führen.

Maxime (3) motiviert zu ‚Alles-im-Griff'-Attitüden und zu ‚Symbolischer Politik' (Sarcinelli 1987). Verhalten nach dieser Maxime soll das Selbstbewusstsein der eigenen Seite stärken, die Gegner verunsichern und beim breiten Publikum Vertrauen schaffen.

Maxime (4) führt einerseits zu affirmativem Bezug auf Konsenspotentiale, z. B. durch Abstimmung von Sprachstil, kognitivem Niveau und inhaltlicher Akzentuierung auf den Adressatenkreis, etwa im Gebrauch von Schlüsselwörtern und Stereotypen. Die andere Folge sind vorsichtige Formulierungen im Hinblick auf unliebsame Maßnahmen für potentielle Wählergruppen. Bei breitem Adressatenspektrum ermöglichen illokutionäre Undeutlichkeit und lexikalische Vagheit vor allem bei Verwendung der im Wortschatz der Politik reichlich vorhandenen Abstrakta eine größere, mehr Adressaten erfassende „Integrationsleistung" (Bergsdorf 1985, 189). Darüber hinaus eröffnen sie – im Sinne von Maxime (5) – Operationsspielräume für künftiges Handeln.

Auch die außenpolitische Sprachverwendung wird – in Deutschland vor allem seit der Vereinigung 1990 – sehr durch die Maximen (4) und (5) bestimmt.

6.2.3 Maximenkonflikte und Kaschierverfahren

Nach den strategischen Maximen zu verfahren bedeutet nicht selten, gegen die kommunikationsethischen Prinzipien zu verstoßen. Strategien, das möglichst zu kaschieren sind z. B.

- bei Verstoß gegen das Wahrhaftigkeitsgebot: Konzentration auf Teilwahrheiten, Unwahres suggerieren statt explizit behaupten, Erinnerungslücken vorgeben etc.
- bei Verstoß gegen dass Gebot fundiert zu reden: an Stereotype anknüpfen, Evidenz behaupten, Beweislast verschieben etc.
- bei Verstoß gegen die Gebote, sich informativ und relevant zu äußern: Bekanntes oder Unbedeutendes mittels bedeutsam klingendem Vokabular oder anderen Gewichtigkeitsattitüden als relevante Neuigkeit suggerieren, unbemerkt vom Thema ablenken, etc.(Klein 1996, 12ff)

Der Erfolg von Kaschierstrategien wird begünstigt durch die Flüchtigkeit audio-visueller Rezeption, etwa bei Saal- oder Fernsehpublikum, aber auch durch Entertainment-Ansprüche, die – ebenfalls primär unter audio-visuellen Rezeptionsbedingungen – an Politiker/-innen gestellt werden: Lebendigkeit, Gags, Provokation, konfliktbezogene Spannung, Ausspielen sympathischer Imagequalitäten u. Ä. (Klein 1997; Saxer 2007).

6.3 Medienorientierung

6.3.1 Schriftmedien

Adressatenorientierte Sprachstrategien sind vielfach medienbedingt. In den Schriftmedien sind sie meist textsortenspezifisch: *Wahlplakat* und *-annonce* zwingen zur Zuspitzung auf Slogan-Format. Der *Aufsatz* in einer Elite-Zeitung nötigt zu reflektierend-argumentativem Stil. Im *Interview* versucht man, sich in Aussage und Stil auf die Erwartungen der jeweiligen Leserschaft einzustellen.

6.3.2 Fernsehen

Bildlichkeit, Flüchtigkeit und Unterhaltungsorientierung des *Fernsehens* begünstigen Personalisierung mit Vorrang von Ausstrahlung vor Sachkompetenz. Als sprachliche Merkmale sind ausstrahlungsrelevant:

- markante verbale Identität mit überwiegend positiven Anmutungsqualitäten von Stimmlage, Sprechfluss, Lautstärke, Artikulation, Regionalakzent und Redetemperament;

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

- Interessantheit, Anschaulichkeit und Lebendigkeit der sprachlichen Darstellung;
- Situationsangemessenheit im sprachlichen Ausdruck von Emotionen: je nach den Umständen Gelassenheit, Heiterkeit, Ernst, Betroffenheit, Entrüstung etc.
- Souveränität und Situationsangemessenheit im Umgang mit dem Gegenüber: je nach Situation Schlagfertigkeit, verbale Härte, Sachlichkeit, Fairness, Solidaritätsbekundung etc.

Ein Beispiel für formatspezifisches Kommunikationsverhalten im Fernsehen liefern *Politische Fernsehdiskussionen* und *Talkshows*. Die eigentlichen Adressaten sind die TV-Zuschauer. Dennoch inszenieren die Akteure die Sendung weitgehend so, als ob sie eine von den Zuschauern unabhängige Diskussion untereinander durchführten (vgl. Dieckmann 1985). Wechselseitiges Provozieren und Abarbeiten der Provokationen hat hier vielfach Vorrang vor sachlogischer Ausrichtung der Argumentation (Holly/Kühn/Püschel 1986).

6.3.3 Internet

Seit kurzem wird das Internet als Medium für politische Kommunikation immer interessanter. Es ermöglicht Ansprache der Adressaten unabhängig von Sendern, Verlagen und Redaktionen. Die älteste Form unspezifischer Adressatenansprache per Internet ist die *Homepage*, meist eine Mischung aus Daten zur Person, Terminen und thematischen Statements. Ein spezifischer sprachlicher Stil politischer Internet-Kommunikation ist bisher nicht zu erkennen, eher eine Tendenz zur Format-Spezifik. So zeigen die Beiträge von Politikern in *Chats* Merkmale einer an Mündlichkeit orientierten dialogischen, besser: polylogischen Schriftlichkeit mit – gemessen an TV-Formaten – gesteigertem Einsatz von Unterhaltungselementen (Diekmannshenke 2001, 250f) Gemessen an privater Chat-Kommunikation enthalten Politikerbeiträge allerdings ein geringeres Maß an Abweichung von förmlicher Schriftlichkeit, und die sprachlichen Indikatoren von Spontaneität sind geringer ausgeprägt. Das gilt verstärkt für Politiker-*Blogs*. Internet-spezifisches ‚Negative Campaigning' leistet das Format *Rapid Response* – eine unmittelbare Erwiderung auf den politischen Gegner in Form pointierter Kontra-Argumentation, die den Eindruck von Sachlichkeit und Fakten-Orientierung zu vermitteln sucht und daher überwiegend mit dem Datentopos (s. o.) arbeitet (Girnth 2005). (Noch) in der

Tradition von Spitzenkandidaten-TV-Spots steht das audio-visuelle Internet-Format *Podcast*.

Medien- und Interaktionsspezifik weisen die Formen des *politischen Protestes* (Grünerts „instrumentale Sprachspiel", s. o.) auf. Ihr typisches Interaktionsformat ist die Protestdemonstration, charakteristisches Medium das Transparent, beschriftet mit Protestsprüchen, eine Kurztextsorte mit Vorliebe für drastische, manchmal witzige Formulierungen. Fernsehen bietet Protestformen ihrer visuellen Merkmale wegen gute Chancen auf breite Resonanz. Mehr und mehr wird das Internet zur Propagierung und Organisation von Protest genutzt.

7 Nicht-persuasive Formen und Grenzfälle

Nicht-persuasiv sind reine Informationstexte und direktive Texte, die den Adressaten keine Entscheidungsfreiheit über Annahme oder Ablehnung lassen.

Nicht-persuasive Textsorten, die politischen Akteuren als informatorischer Input dienen, sind

- *Synopsen* von Pressestellen oder Presseämtern über die Medienberichterstattung,
- *Berichte* von Botschaften, Geheimdiensten u.Ä.
- demoskopische *Umfragen*
- Statistiken, Dokumentationen, empirische Forschungsarbeiten.

Nicht alles, was nach Informationsorientierung klingt, gehört zu den nicht-persuasiven Formen. So enthalten die Textsorte *Parlamentarischen Anfrage* und das Interaktionsformat *Parlamentarische Fragestunde* persuasive Brisanz, obwohl die Fragen ‚sachlich' formuliert sein müssen: Fragen aus den Oppositionsreihen zielen gern auf Bloßstellung, Fragen aus Regierungsfraktionen auf positive Selbstdarstellung der Regierung.

Auf direktive Textsorten trifft man in der politischen Kommunikation beim Output (*Gesetz*), beim Input (*Verfassungsgerichtsurteil*) und in der Binnenkommunikation (*Parlamentarische Geschäftsordnung*).

Allerdings: Solange ein *Gesetz* Gegenstand parlamentarischer Beratung ist, stellt es keinen selbständigen Text dar, sondern bildet mit der *Begründung* den *Gesetzentwurf*. Der Begründungsteil ist persuasiv. Er enthält die Argumente

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

für das Gesetz und wendet sich – für die Annahme werbend – an das Parlament als Gesetzgeber. Erst mit der Verabschiedung löst sich das Gesetz mit seiner Direktionsmacht als direktiver Teil aus der Kombination mit der Begründung und tritt gleichzeitig aus der Sphäre der Politik über in die Sphäre des Rechts. Gesetze sollen möglichst präzis (und gleichzeitig deutungsoffen für unvorhersehbare Fälle) formuliert sein. Stilistische Merkmale sind: Ressort- und Rechtsterminologie, „Synonymenscheu und Variationsarmut" (Dieckmann 1969, 92), Substantivstil und Attributketten, Indikativ in konstatierend-präskriptiver Doppelfunktion, viele Konditionalgefüge und insgesamt „eine entpersönlichte Form, um ein Höchstmaß an Objektivität, Problemoffenheit und Allgemeinheit sicherzustellen" (Kirchhof 2002, 119). Stilistisch verwandt mit dem Gesetz ist der *Staatsvertrag*.

Zentral für das parlamentarische Prozedere ist die *Geschäftsordnung*, stilistisch geprägt durch Institutionsvokabular und normative Modalität, häufig in Form des präskriptiven Indikativs.

Verfassungsgerichtsurteile sind – als Urteile – direktiv. Da ein Urteil jedoch nur in Kombination mit seiner Begründung gilt, eignet dieser Textsorte sekundär ein persuasiver Zug: In der Begründung wird versucht, das Urteil plausibel zu machen. Während auf die präskriptiven und normsetzenden Feststellungen des Urteils selbst nur wenig Textquantität entfällt, ist der Teil *Gründe* meist umfangreich. Dort dominiert lexikalisch eine Kombination aus Allgemeinsprache, verfassungsrechtlicher Terminologie und jeweiligem Ressortvokabular, während in der Argumentation Auslegung der Verfassung, Deutung des beurteilten Gesetzes und juristische Topik miteinander verknüpft sind.

Ein Grenzfall ist auch die *Verfassung* selbst. Der Verfassungsgeber konstituiert die politische Ordnung, auf deren Einhaltung er Staat und Bürger verpflichtet. Insofern sind Verfassungen primär keine persuasiven Texte. Dementsprechend gleichen die stilistischen Charakteristika weiter Teile von Verfassungen denen von Gesetzen. Der pragmatische Charakter moderner Verfassungen erschöpft sich allerdings nicht in Direktivität. Mit Grund- und Menschenrechtskapiteln, auch – wie das deutsche Grundgesetz – mit Präambeln, enthalten sie hervorgehoben platzierte Teile, die lexikalisch dominiert werden durch politisch-ethische Hochwertbegriffe und deren zentrale Normgehalte in einer lakonischen Sprache formuliert sind, die den Appell impliziert, ihnen zuzustimmen (*Die Würde des Menschen ist unantastbar./Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.*) – ein persuasiver Grundzug, der die symbolische und integrative Funktion von Verfassungen stützt (vgl. Kilian 1997; Göhler 2007).

Literaturverzeichnis

ARISTOTELES (2002): *Rhetorik*. (Übersetzt und erläutert von Christoph Rapp), 1. Halbband, Berlin.

BERGSDORF, WOLFGANG (1985): Über die Schwierigkeit des politischen Sprechens in der Demokratie. In: WIMMER, RAINER (Hg.): *Sprachkultur.* Jahrbuch 1984 des Instituts für deutsche Sprache. Düsseldorf, 184–195.

BURKHARDT, ARMIN (2003): *Das Parlament und seine Sprache*. Tübingen.

BURKHARDT, ARMIN (2004): *Zwischen Monolog und Dialog. Zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus*. Tübingen.

BÖKE, KARIN (2002): Wenn ein „Strom" zur „Flut" wird. In: PANAGL, OSWALD/ STÜRMER, HORST (Hgg.): *Politische Konzepte und verbale Strategien*. Frankfurt a. M./Berlin/Bern u.a., 265–286.

DIECKMANN, WALTHER (1969): *Sprache in der Politik*. Heidelberg.

DIECKMANN, WALTHER(1985): Wie redet man ‚zum Fenster hinaus'? Zur Realisierung des Adressatenbezugs in öffentlich-dialogischer Kommunikation am Beispiel eines Redebeitrags Brandts. In SUCHAROWSKI, WOLFGANG (Hg.)*: Gesprächsforschung im Vergleich*. Tübingen, 54–76.

DIEKMANNSHENKE, HAJO (2001): „Das ist aktive Politik, Danke und Tschüß Franz". Politiker im Chat. In: BEIßWENGER, MICHAEL (Hg.): *Chat-Kommunikation*. Stuttgart, 227–254.

EDELMAN, MURRAY (1964): *The Symbolic Uses of Politics*. Urbana.

FIX, ULLA (1995): Textmusterwissen und Kenntnis von Kommunikationsmaximen. In: BIERE, BERND ULRICH/HOBERG, RUDOLF (Hg.*): Bewertungskriterien in der Sprachberatung.* Tübingen 1995, 62–73.

FOUCAULT, MICHEL (1969): *L'archéologie du savoir*. Paris.

GIRNTH, HEIKO(2002): *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. Tübingen.

GIRNTH, HEIKO (2005): *Rapid response. Eine neue Form des Wahlkampfs im Internet.* (Vortrag am 10.9.2005 bei der Tagung „Sprache im Wahlkampf 2005" an der Universität in Koblenz)

GLINZ, HANS (1977): *Textanalyse und Verstehenstheorie* I. Wiesbaden 1977.

GÖHLER, GERHARD (2007) : Politische Institutionen als Symbolsysteme. In: SCHMIDINGER, HEINRICH/SEDMAK, CLEMENS (Hg.): *Der Mensch – ein ‚animal symbolicum'? Sprache – Dialog – Ritual*. Darmstadt, 301–321

GRICE, HERBERT PAUL (1975): Logic and Conversation. In: Cole, Peter/Morgan, Jerry L. (ed.): *Syntax and Semantics*. Vol. 3 (Speech Acts), 41–58.(Mimeo 1968)

GROEBEN, NORBERT/MARGRIT SCHREIER/URSULA CHRISTMANN (1993): Fairneß beim Argumentieren: Argumentationsintegrität als Wertkonzept einer Ethik der Kommunikation. In: *Linguistische Berichte* 147, 355–382.

GRÜNERT, HORST (1984): Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte in ihrer Verflechtung. In : BESCH, WERNER u. a. (Hgg.): *Sprachgeschichte. Ein*

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung, Berlin/New York, 29–37.
HABERMAS, JÜRGEN (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: HABERMAS, JÜRGEN/LUHMANN, NIKLAS: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*. Frankfurt, 101–141.
HERMANNS, FRITZ (1982): Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. – In: WIEGAND, HERBERT E. (Hg.*): Studien zur nhd. Lexikographie II* (= Germanistische Linguistik 3–6, 1980), Hildesheim/Zürich/New York, 87–102
HERMANNS, FRITZ (1986): Appellfunktion und Wörterbuch. Ein lexikographischer Versuch. In: WIEGAND, HERBERT E. (Hg.): *Studien zur nhd. Lexikographie VI, 1* (= Germanistische Linguistik 84–86, 1986), Hildesheim/Zürich/New York, 151–182.
HERMANNS FRITZ (1995): Kognition, Emotion, Intention. Dimensionen lexikalischer Semantik. In: HARRAS, GISELA (Hg.): *Die Ordnung der Wörter*. Berlin/New York, 138–178.
HERMANNS, FRITZ (2002): Dimensionen der Bedeutung. Ein Überblick. – In: CRUSE, D. ALLEN/HUNDSNURSCHER, FRANZ/JOB, MICHEL/LUTZEIER, PETER R. (Hgg.): *Lexikologie … Ein internationales Handbuch zur Natur und Struktur von Wörtern und Wortschätzen*. 1. Halbbd., Berlin/New York, 343–350.
HERMANNS, FRITZ (2003): Die Globalisierung. Versuch der Darstellung des Bedeutungsspektrums der Bezeichnung. In: Wengeler, Martin (Hg.): *Deutsche Sprachgeschichte nach 1945*. (= Germanistische Linguistik. 169–170), Hildesheim/Zürich/New York, 409–438.
HERMANNS, FRITZ (2006): Textsinn, Texterlebnis, symbolisches Handeln. In: PROOST, KRISTEL/WINKLER, EDELTRAUD (Hgg.): *Von Intentionalität zur Bedeutung konventionalisierter Zeichen. Festschrift für Gisela Harras zum 65. Geburtstag*. – Tübingen, 257–285.
HOLLY, WERNER (1990*): Politikersprache*. Berlin/New York.
HOLLY, WERNER (2005): Audiovisualität und Politikvermittlung in der Demokratie. In: KILIAN, JÖRG (Hg.): *Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat*. Mannheim u.a., 278–293
HOLLY, WERNER/PETER KÜHN/ULRICH PÜSCHEL (1986): *Politische Fernsehdiskussionen. Zur mediensp*ezifischen *Inszenierung von Propaganda als Diskussion*. Tübingen.
JÄGER, LUDWIG (2004): Sprache als Medium politischer Kommunikation. Anmerkungen zur Transkriptivität kultureller und politischer Semantik. In: FREVERT, UTE/BRAUNGART, WOLFGANG (Hgg.): *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*. Göttingen, 332–355.
KIENPOINTNER, MANFRED (1992): *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. Stuttgart-Bad Cannstatt.
KILIAN, JÖRG (1997): *Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang. Am Beispiel des Grundrechte-Diskurses 1948/49*. Tübingen